

# Österreichisch-Arabische Beziehungen?

Seit Jahren versucht die sozialdemokratisch dominierte Gesellschaft für Österreichisch-Arabische Beziehungen (GÖAB) unter der Leitung ihres Generalsekretärs Fritz Edlinger nicht nur die Wirtschafts- und Kulturkontakte zu arabischen Staaten zu intensivieren, sondern auch in Österreich Stimmung für die "arabische Sache" zu machen. Und während die sozialdemokratischen AntiimperialistInnen unter ihrem Präsidenten Karl Blecha für die israelische Politik keinerlei Verständnis zeigen, werden arabische Diktatoren hofiert und gefeiert.

Während in jeder Ausgabe des GÖAB-Bulletin über die verbrecherische Politik der israelischen Regierung berichtet wird und ausgerechnet ein Verein österreichischer Araberfreunde glaubt sogar den Vorsitzenden der Israelitischen Kultusgemeinde in Österreich über "Friedenspolitik" belehren zu müssen, drückt der GÖAB-Generalsekretär in einem offenen Brief an die syrische Botschaft dem "syrischen Volk [...] unsere zutiefst empfundene Anteilnahme zum Ableben des Präsidenten der Syrisch-Arabischen Republik Seine Exzellenz Präsident Hafez al-Assad" aus. Lobend meint Edlinger weiter: "Kaum ein anderer arabischer Staatsmann hat die Entwicklung im Nahen Osten so nachhaltig geprägt wie Präsident Assad. Seine konsequente und den legitimen Interessen des syrischen Volkes verpflichtete Politik waren in den letzten Jahrzehnten stets ein Element der Stabilität und der Berechenbarkeit in dem von Spannungen und militärischen Konflikten leider so reichen Nahen Osten." (GÖAB-Bulletin 3/2000)

Daß die arabische Bevölkerung die unter Herrschern wie Assad, dem saudischen Königshaus oder Saddam Hussein zu leiden hat, die GÖAB eigentlich nicht interessiert, zeigt schon die Zusammensetzung des letzten Vorstandes der GÖAB. Als Präsident der GÖAB fungierte ausgerechnet Karl Schlögl, der in seiner damaligen Funktion als Innenminister auch für die Deportation von arabischen Flüchtlingen aus Österreich verantwortlich war und dessen Funktion in der GÖAB auch nach dem Tod Markus Omofumas nicht zur Disposition stand. Als sein Stellvertreter fungierte neben Günter Stummvoll (ÖVP) und Heide Schmidt (LIF) auch der damalige 3.Nationalratspräsident Willi Brauneder (FPÖ).

Nach Karl Schlögl übernahm Ende 2000 ein Vorgänger Karl Schlögls als Innenminister das Amt des GÖAB-Präsidenten: Karl Blecha. Mit dem Ausbruch der "Al-Aqsa Intifada" stellte sich der neue Präsident und seine Vereinigung auch gleich hinter die antiisraelische Protestbewegung. Stolz berichtet der GÖAB-Bulletin 1/2001: "So riefen wir gemeinsam mit einer Reihe anderer Organisationen zur ersten großen Demonstration auf, welche am 6.10.2000 in der Wiener Innenstadt stattfand. GÖAB-Generalsekretär Fritz Edlinger war einer der Redner bei der Abschlußkundgebung am Stephansplatz." Daß unter den erwähnten "anderen Organisationen" sich auch die hiesigen Ableger islamisch-integralistischer Organisationen befanden, erwähnt die GÖAB nicht. Augenzeugen berichteten auf den von da an wöchentlich stattfindenden Kundgebungen von einem Transparent mit der Aufschrift "Was will die jüdische Politik? Weltherrschaft?", eine meiner iranischen Bekannten kehrte der Kundgebung den Rücken als sie kleine Kinder mit "Allah akbar" Stirnbändern sah, wie sie die zum "Mienen räumen" eingesetzten jungen "Märtyrer" im Iran trugen, als sie von Khomeni in den Tod geschickt wurden, und sich durch die ständigen "Alah akbar" Rufe an die Staatsdemonstrationen in ihrer iranischen Heimat erinnert fühlte.

Im Jänner erklärte Blecha öffentlich auf einem Vortrag, daß Israel das "Muster eines Unrechtsstaates" sei und Ariel Sharon der "Schlächter von Beirut". Nach Protesten der israelitischen Kultusgemeinde gegen diese Aussagen und gegen das Abstimmungsverhalten der österreichischen Bundesregierung in der UN-Vollversammlung, belehrte der GÖAB-

Generalsekretär Fritz Edlinger in einem offenen Brief den Präsidenten der Kultusgemeinde Ariel Musikant sich doch besser für den Frieden einzusetzen anstatt die österreichische Bundesregierung zu kritisieren.

Während nun der neue GÖAB-Präsident Karl Blecha seine Haßtiraden gegen Israel öffentlich kundtun kann, fährt eine GÖAB-Delegation in den Sudan um "an den Feierlichkeiten anlässlich des zwölften Jahrestags des Amtsantrittes von Präsident Omar Hasan Al Bashir" (GÖAB-Bulletin 4/2001) teilzunehmen. Dieser euphemistisch "Amtsantritt" genannte Militärputsch von 1989 zu dessen Feier Nationalratsabgeordneter Wolfgang Großruck (ÖVP), Mag. Rüdiger Schender (FPÖ), Emmerich Schwemmlin (SPÖ) und der sozialdemokratische GÖAB-Generalsekretär Fritz Edlinger in den Sudan führen, bedeutete und bedeutet für die sudanesishe Bevölkerung die schrecklichste Verfolgung der politischen Opposition seit dem Regime des Militärdiktators Gafaar al-Numairi. Umar al-Bashir ließ nach dem Militärputsch alle politischen Parteien, Gewerkschaften und Berufsvertretungen verbieten und politische Gegner reihenweise inhaftieren und foltern. Proteste von StudentInnen und ArbeiterInnen wurden immer wieder blutig niedergeschlagen. Zahlreiche politische Gefangene sind verschwunden, alle Bemühungen den Konflikt mit den südsudanesischen Rebellen friedlich beizulegen wurden im Gihad-Kriegsgeschrei des Regimes erstickt. Um Ölkonzernen wie der OMV ein angenehmes Investitionsklima zu schaffen werden in den Ölfördergebieten Zivilisten angegriffen, Dörfer bombardiert und die Bevölkerung massenhaft vertrieben.

Der islamische Integralismus des Regimes führt seit der von der GÖAB mitgefeierten "Amtsübernahme" Bashirs zur Unterdrückung von KommunistInnen, SäkularistInnen, nichtintegralistischen MuslimInnen und Frauen. Die als "Scharia" verkauften Septembergesetze Gafaar al-Numairis werden weiterhin angewendet.

Daß Menschenrechtsverletzungen aber ganz anders bewertet werden, wenn sie von Juden begangen werden, zeigt noch einmal die jüngste Aussendung der GÖAB. In einem Begleitschreiben zu einem Buch über die Al-Aqsa-Intifada wird diese als "Ausdruck des palästinensischen Widerstands gegen die im Kern rassistische Politik der israelischen Führung" gewertet. Und während die Selbstmordattentate in keinem Wort erwähnt werden wird festgestellt: "Blutig geht die stärkste Militärmacht des Nahen Ostens gegen die arabischen Menschen in den besetzten Gebieten im eigenen Land vor."

Wenn dasselbe im Sudan geschieht, gratulieren die wackeren Sozialdemokraten der GÖAB der Regierung dazu.

Thomas Schmidinger